

13. IG - METALL - KONGRESS

Gewerkschaftstage sind nicht nur das höchste beschlußfassende Organ der IG Metall, sie sind auch Höhepunkte im Gewerkschafterleben. Um die Mandate wird hart gekämpft, locken doch Machtkampf live, Willy Brandt in Natur und Kaltes Buffet satt, Resultat des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages: von den 566 Delegierten, die die männlichen Mehrheiten in den Vertreterversammlungen gewählt hatten, waren nur 50 Frauen, weniger als 1977.

„Eine beschämende Tatsache!“ kritisierte Margot Lindecke aus Berlin unter Beifall und rechnete vor: „Wenn dieser Abwärtstrend sich weiter so fortsetzt, seid ihr, liebe Kollegen, in genau 3,8 Gewerkschaftstagen ganz unter euch!“

Während Ursula Ibler, für die Frauenarbeit verantwortliches Vorstandsmitglied, den Kollegen immer noch „vorhandenen guten Willen“ unterstellte, drückten sich die beiden zu diesem Thema sprechenden Kolleginnen nicht um die wunden Punkte herum.

– „Was konkret habt ihr getan, ... um die Mitarbeit der Frauen in euren Bezirken zu fördern und die Beteiligung eurer Kolleginnen an den Entscheidungsgremien zu verbessern?“ fragte Margot Lindecke speziell die Männer und kam zu dem Schluß, „Viel kann das wohl nicht gewesen sein“.

– Ingrid Berthold aus Wilhelmshaven kritisierte die Tatenlosigkeit des Vorstands: „Der Vorstand unserer Organisation mischt sich doch sonst auch in alle Angelegenheiten ein. Nur bei den Frauenproblemen übt der Vorstand vornehme Zurückhaltung.“

Die von Ursula Ibler durch die Blume angedeutete Möglichkeit zu tätiger Kollegen-Reue wurde bei Ingrid Berthold zur konkreten Forderung, „... nicht immer nur die Quotierung abzulehnen, sondern sie durch die solidarische Unterstützung für aktive Kolleginnen überflüssig zu machen. Das sage ich auch mit Blick auf eure Unterstützung unserer Anträge aus dem Frauenbereich ...“

Klimawechsel

Noch vor drei Jahren auf dem Gewerkschaftstag in Düsseldorf war den Frauen von den „lieben Kollegen“ inhaltsleeres Alibi-Geschwätz als Frauenentschließung verpaßt worden. Belustigt, aber auch mit Unwillen reagierten die Männer damals, als die Kolleginnen nacheinander dagegen in die Bütt gingen, jedoch selber keinen Gegenvorschlag parat hatten. 1980 gab es zwar eine noch überwälti-

gendere männliche Mehrheit, aber die Stimmung bei den Kollegen war anders. Das tagtägliche Auftreten der Kolleginnen in Betrieb und Organisation, die papiernen Stellungnahmen zu Frauenfragen in der für deutsche Gewerkschaften immer noch richtungsweisenden SPD und sicher die Frauenbewegung ganz allgemein – all das hat Spuren hinterlassen.

Das gestiegene Selbstbewußtsein der Frauen kann man nicht mehr einfach überstimmen. Und außerdem: will Mann die eigene Autorität in allen möglichen Fragen aufrechterhalten, muß Mann den Frauen zumindest bei „ihren“ Problemen das letzte Wort zubilligen. Natürlich nicht einfach irgendwelchen Kolleginnen, sondern – in der IGM ist Organisation heilig – einem Gremium: der Abteilung Frauen beim Vorstand. Diesmal war das ganz nützlich für die Frauen.

Als ein Delegierter meint, sich bei den Beratungen der Anträge zum § 218 mit Warnungen vor der Absaugmethode einmischen zu müssen, kommt ärgerliches Murren auf, und auch die Kollegen halten ihn für „bekloppt“ – er hat die neuen Benimm-Regeln noch nicht kapiert. Nicht nur eine Kollegin widerspricht ihm, mit der Autorität der Antragsberatungskommission verkündet deren Sprecher: „Wir sind keine Mediziner und sollten uns nicht in eine medizinische Diskussion verwickeln. Der Antrag stammt vom Frauenausschuß beim Vorstand. Das heißt, wir können uns darauf verlassen, daß dieser Ausschuß das sorgfältig überprüft hat. (Protokoll: Heiterkeit, Beifall). Ich möchte deswegen bitten, auch diesem Antrag eine breite Zustimmung zu geben.“ Die bekam er dann auch.

Die Abstimmungsmaschine

Die Kolleginnen ließen sich aber nicht in ein von den Männern eingegrenztes „Frauenproblemfeld“ einzäunen. Frauenbeiträge kamen zu Mitbestimmung und unteren Lohngruppen, zu Ausländerproblemen und § 218.

Für manch einen lief das so gut, daß dahinter nur eine Verschwörung stecken konnte. Kurt Herb, Bezirksleiter aus Essen, über den die Kollegen während des Stahlarbeiterstreiks im Winter 79 zu sagen wußten: „Kommt Steinkühler nach Essen, können wir Herb vergessen!“, machte sich auch bei den Kolleginnen unbeliebt. Er verbreitete das freche Gerücht, die Beiträge der Frauen würden im Büro Ibler geschrieben. Trotz geballter Wut – schließlich stand jede einzelne für ihren Beitrag gerade, und keine hatte ihn eben mal so aus dem Handge-

lenk geschüttelt – verzichteten die Kolleginnen auf die ursprüngliche Verabredung, eine öffentliche Entschuldigung zu verlangen. Sie hatten gelernt, ihre Kräfte konzentriert einzusetzen. Und das war da notwendig, wo bei zentralen Frauenanliegen die Antragsberatungskommission Ablehnung der Anträge empfohlen hatte.

WAS

KONKRET

HABT

IHR

GETAN...

... Ein kompliziertes Gebilde

Erster Test für die Durchsetzungsmöglichkeiten der Frauen auf dem Kongreß war ein Ergänzungsantrag zur Tarifentschließung, der unmißverständlich die „Streichung der untersten Tarifgruppen und verstärkte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltssätze“ forderte. In der Metalltarifrunde vom Frühjahr war ein erster Anlauf hierzu faktisch stecken geblieben, die damals vereinbarte „Einmalzahlung“ war „das tarifliche Ärgernis des Jahres“ (so eine Kollegin in der Diskussion zum Geschäftsbericht).

Gege n die Empfehlung der Kommission sprachen für die Annahme des Antrags alle 7 Diskussionsredner – 4 davon waren Frauen, 3 Männer – alle hatten gute Begründungen parat. Aber der Zeitpunkt der Diskussion war ungünstig: Weil alle schon in Aufbruchstimmung zum Bankett der SPD waren, konnte die Abstimmung erst am nächsten Morgen laufen. Die Denkpause hatte jedoch einen positiven Effekt gehabt. Die Antragsberatungskommission hatte sich

umentschlossen: „Die Diskussion hat uns davon überzeugt, daß die Frage ‚untere Einkommen‘ einen politischen Stellenwert hat, den wir in der Entschließung nicht verschweigen sollten.“ Die Frauen hatten das schon immer gewußt. Allerdings packte die Kommission den Antragstext plus einem abschwächenden „z.B.“ an eine andere Stelle; die Forderung hieß nun: „Veränderungen der Entgeltrelationen, z. B. durch Beseitigung unterer Tarifgruppen usw. usf.“ Mit dieser Empfehlung hatte diese zentrale Frauenforderung aber auch eine satte Mehrheit.

Hickhack, all das? Sicher. Aber mit genau diesen Prozeduren sind eben bisher all die Forderungen aufgestellt worden, die die Frauenprobleme links liegen ließen ...

Noch ungünstiger war der Zeitpunkt für den zweiten vorbereiteten Fraueneinsatz. Über Ausdehnung oder Ablehnung von Teilzeitarbeit wurde am Samstagmorgen debattiert, die Abreise der ersten Delegierten rückte näher, und jede Wortmeldung unter diesem Zeitdruck stieß bei den Delegierten auf Unmut. Zwei Kolleginnen konnten noch gegen die Empfehlung der Kommission für den Antrag des Frauenausschusses sprechen. Dann entschieden die Delegierten als erstes „Schluß der Debatte“, als zweites Annahme des Frauenausschuß-Antrags gegen die Ausdehnung von Teilzeitarbeit. Ein Sieg, der den Kolleginnen etwas zu fix ging.

Mit diesen beiden Entscheidungen haben die Frauen auch ihren Platz in den kommenden Tarifaueinandersetzungen bestimmt: ziemlich vornweg.

Im Unterschied zu diesen komplizierten Fällen kam eine ganze Reihe von „Frauenanträgen“ glatt durch:

- regionale Seminare für Kolleginnen mit Kinderbetreuung
- anstelle des Mutterschaftsurlaubes Sonderurlaub für Mütter und Väter
- keine allgemeine Dienstpflicht für Frauen
- Förderung der Berufsausbildung von Frauen und Mädchen in gewerblich-technischen Berufen
- „Abfeiern“ des 8. Mai als internationaler Frauentag.

Anfang des nächsten Jahres, bei der Aufstellung der Tarifverordnungen und bei der Durchführung der Organisationswahlen in der IGM, kann gleich zweimal die Probe aufs Exempel gemacht werden; darauf, was Gewerkschaftstagsbeschlüsse wert sind.

Georgia Tornow

Angaben über Frauen

Vorstand	Anteil:	5	%
Beirat	Anteil:	9,3	%
Bezirkskommission	Anteil:	4,4	%
Ortsverwaltungen	Anteil:	6,8	%
Tarifkommissionen	Anteil:	6,0	%
Vertreterversammlungen	Anteil:	12,5	%
Mitglieder	Anteil:	14,2	%

Kolleginnen und Kollegen, alle auf dem Gewerkschaftstag vorliegenden Anträge zur Teilzeitarbeit haben bereits unserer 10. Frauenkonferenz vorgelegen und eine Grundsatzdiskussion ausgelöst. Das Ergebnis dieser Diskussion war nach 18 Wortmeldungen die kritische Bewertung der Teilzeitarbeit, wie sie euch in dem Antrag Nr. 712 des Frauenausschusses vorliegt. Ich will an dieser Stelle unsere Hauptargumente noch einmal zusammenfassen.

Das sei vorweg bemerkt, daß wir uns nicht pauschal gegen Teilzeitarbeit aussprechen, geschweige denn für ein Verbot. Das sage ich hier ausdrücklich, weil man uns dies hier leicht unterstellt. Wir wissen alle aus eigener Erfahrung, warum insbesondere Frauen Teilzeitarbeit suchen, Kolleginnen und Kollegen, weil ihnen nämlich angesichts familiärer Verpflichtungen und noch immer unzureichender gesellschaftlicher Hilfen, häufig gar nichts anderes übrig bleibt.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, Teilzeitarbeit als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein Weg, der in die Sackgasse führt. Denn

- *erstens suchen zwei Drittel der arbeitslosen Frauen einen Vollzeitarbeitsplatz, weil sie auf den vollen Verdienst angewiesen sind. Ich frage, wo bleibt diese Mehrheit mit ihren Interessen?*
- *zweitens: wir wissen alle aufgrund betrieblicher Erfahrungen, daß Teilzeitarbeit für die Unternehmer die Funktion hat, Beschäftigungslöcher möglichst billig zu stopfen. Wir wissen alle aufgrund betrieblicher Erfahrungen, daß Teilzeitarbeit dementsprechend nahezu ausschließlich für wenig qualifizierte Tätigkeiten ohne Aufstiegsmöglichkeiten angeboten wird und nach wie vor trotz jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Forderung nicht sozialversicherungsrechtlich abgesichert ist. Insofern ist die Durchsetzung qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze ohne Beeinträchtigung in der sozialen Sicherheit doch wohl eine Illusion.*
- *drittens - und dieses Argument sollte uns als Gewerkschafter am stärksten einleuchten - gehen die Unternehmer zunehmend dazu über, aus Rationalisierungsgründen Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umzuwandeln, so bekanntlich geplant in dem Unternehmen, aus dem ich komme, der Firma Olympia.*

Im übrigen, Kolleginnen und Kollegen, wissen wir alle, daß das Arbeitsvolumen nicht zunimmt, die Ausweitung von Teilzeitarbeit also zwangsläufig zu Lasten von Vollzeitarbeit geht. Daher unterlaufen die Unternehmer mit Teilzeitarbeit unsere gesellschaftliche Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Ich frage euch: wie wollen wir die 35-Stunden-Woche durchsetzen, auch für die im Bielefelder Antrag genannten Frauen, älteren Arbeitnehmer und Behinderten, wenn wir zulassen, daß die dazu notwendige Solidarität aller Arbeitnehmer durch Teilzeitarbeit, sprich Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, durchlöchert wird. Kolleginnen und Kollegen, laßt euch hier abschließend sagen, daß wir stolz darauf sind, daß wir uns auf der 10. Frauenkonferenz zu diesem Standpunkt durchgerungen haben, der allein unserer gemeinsamen Interessenvertretung dienlich ist.

Ingrid Berthold. Was sie noch vor „Schluß der Debatte“ hätte sagen wollen.